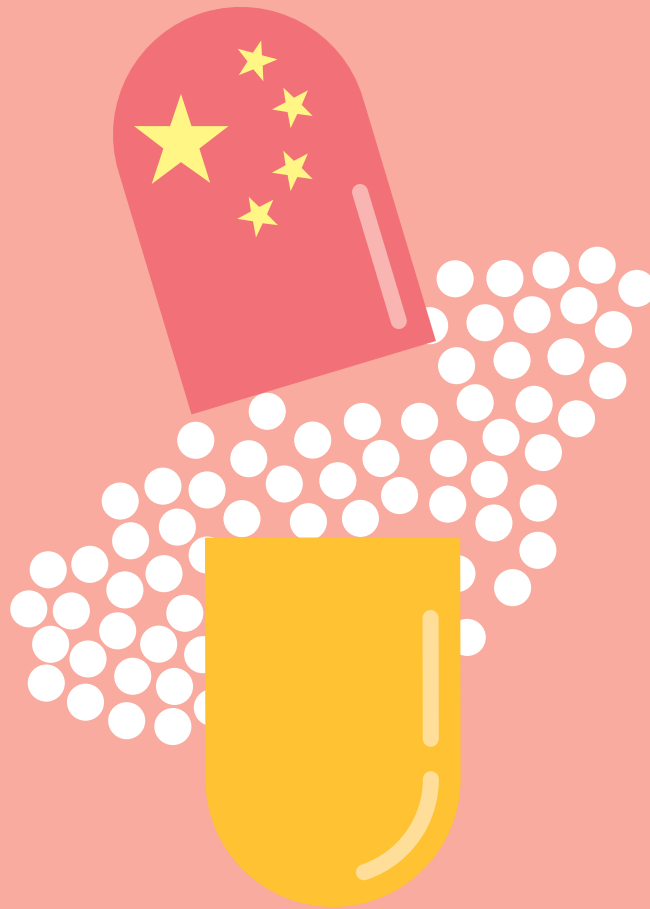


Wie abhängig sind wir?



Pharmaindustrie. China dominiert den globalen Arzneimittelmarkt, auch Deutschland ist bei wichtigen Wirkstoffen abhängig von Importen aus der Volksrepublik. Das birgt nicht nur Versorgungsrisiken, sondern kann die Bundesrepublik ebenso wirtschaftspolitisch in die Defensive bringen. Im iwd-Interview erklärt IW-Pharmaexpertin Jasmina Kirchhoff, wie Deutschland – und auch Europa – sich besser aufstellen können und wo die Zukunft der Arzneimittelforschung liegt. —> **Seiten 2-5**

IW-Konjunkturumfrage

Die Unternehmen in Deutschland sind weiterhin im Krisenmodus. Die Mehrheit der Firmen hat zudem wenig Hoffnung, dass es im kommenden Jahr aufwärtsgeht.

—> **Seiten 6-7**

Kautschukindustrie

Die stagnierende Wirtschaft und die globalen Spannungen machen den deutschen Kautschukunternehmen zu schaffen. Eine gezielte Standortpolitik könnte helfen.

—> **Seiten 12-13**

Bittere Medizin

Pharmaindustrie. Mit einer Doppelstrategie hat China im Arzneimittelbereich sowohl seine eigenen Abhängigkeiten von anderen Ländern reduziert als auch eine Vormachtstellung für einzelne Wirkstoffe erreicht. Diese starke Position verleiht China ein Drohpotenzial. Deutschland und die EU müssen ihr Vorgehen im Pharmasektor daher dringend anpassen.

Die Werkbank der Welt – das war einmal. China hat sich in den vergangenen Jahren zu einer breit aufgestellten wirtschaftlichen und politischen Macht entwickelt. Das gilt auch für den Pharmasektor. Bereits seit Jahrzehnten stuft die Führung in Peking die Pharmaindustrie als strategisch wichtige Branche ein. Im Jahr 2008 legte sie beispielsweise ein

Spezialprogramm zur Entwicklung bedeutender neuer Medikamente auf. Allein zwischen 2011 und 2015 hatte das Programm ein Volumen von rund 1 Milliarde Dollar.

Das vorrangige Ziel war zunächst, die eigene Abhängigkeit vom Ausland zu reduzieren und die Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten zu sichern. Daneben spielen

politische Motive für China ebenfalls eine große Rolle. Das lässt sich an einer Entwicklung besonders gut ablesen:

Normalerweise verlagern Branchen mit wachsenden technologischen Fähigkeiten die Herstellung von weniger profitablen Produkten in Länder mit niedrigen Lohnkosten – nicht so die Pharmaindustrie Chinas.

Die Volksrepublik produziert weiterhin große Mengen Wirkstoffe für Generika – das sind Medikamente, die den identischen Wirkstoff wie ein nicht mehr patentgeschütztes Medikament enthalten. Außerdem stellt China zahlreiche Vorprodukte her, die andere Länder für ihre Wirkstoff- und Medikamentenherstellung benötigen. Weil der Staat die Pharmaindustrie mit einer Reihe von Maßnahmen fördert und dabei auch stark subventioniert, hat China weiterhin klare Preisvorteile auf dem Weltmarkt. Dadurch hält das Land seine starke Marktposition.

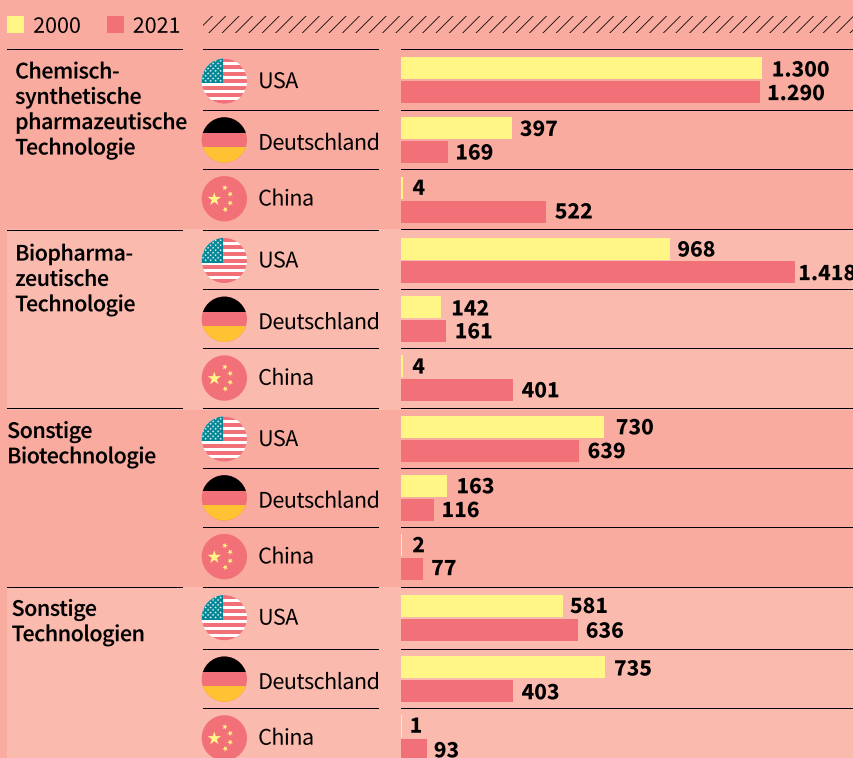
Gleichzeitig macht das Reich der Mitte große Fortschritte in der Entwicklung neuer Wirkstoffe und Präparate (Grafik):

Von 2000 bis 2021 konnte China seine internationalen Patentanmeldungen im Pharmasektor von zehn auf mehr als 1.090 steigern.

Zum Vergleich: Die internationalen Patentanmeldungen aus Deutschland gingen im selben Zeitraum von 1.437 auf 849 zurück.

China holt bei Patenten stark auf

So viele internationale Patentanmeldungen der Pharmaindustrie mit Erfindersitz in diesen Ländern gab es in diesen Technologiefeldern



Quelle: IW-Patentdatenbank
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Deutschland und die EU stecken wegen Chinas Pharmastrategie in einer schwierigen Situation. Da ist zunächst die große Abhängigkeit von Importen aus Fernost.

Das beginnt bereits bei der Zulieferung von chemischen Vorleistungen – diese sind wichtige Vorprodukte in der Pharmaherstellung. Der Importwert der chinesischen Lieferungen chemischer Vorprodukte hat sich seit 2010 fast versiebenfacht auf mittlerweile 352 Millionen Euro. Damit war China 2022 nach den Niederlanden der zweitwichtigste Lieferant in diesem Bereich. Auch die Pharmaproduktion Deutschlands steht folglich unter Druck.

Noch größer ist die Abhängigkeit in der Versorgung, vor allem bei generischen Arzneimitteln. Für die Bundesrepublik besteht für 20 der 56 untersuchten versorgungsrelevanten Wirkstoffe ein hohes Kapazitätsrisiko – das heißt, mindestens ein Drittel der gesamten Produktionskapazitäten würde bei einem chinesischen Lieferstopp potenziell wegfallen. Käme es so weit, könnten hierzulande jährlich bis zu 42 Millionen Packungseinheiten fehlen.

Besonders groß ist die Abhängigkeit bei Antibiotika und Schmerzmitteln (Grafik):

Der Bedarf Deutschlands am Antibiotikum Sulfadiazin wird zu 100 Prozent durch China gedeckt. Bei Metamizol, einem der meist-verordneten Schmerzmittel, kommen mehr als 80 Prozent aus der Volksrepublik.

Es ist nicht zu erwarten, dass China von seinem bisherigen Kurs abweicht. Denn die große Abhängigkeit nicht nur Deutschlands und Europas von Arzneien und Vorprodukten ermöglicht es der Volksrepublik, eine Drohkulisse aufzubauen. Anders gesagt: China könnte seine Vormachtstellung nutzen, um politische Interessen durchzusetzen.

Arzneimittelwirkstoffe: Wo die Abhängigkeit von China am größten ist

Wirkstoffe für Medikamente mit dem höchsten Kapazitätsrisiko, die 2024 in Deutschland mindestens 1.000-mal verordnet wurden

Wirkstoff	Typ	Produktionsanteil Chinas in Prozent	Zahl der Verschreibungen
Sulfadiazin	Antibiotika	100	109.500
Enoxaparin	Biosimilar	100	2.009.100
Metamizol	Schmerzmittel	80	33.924.900
Tobramycin	Antibiotika	67	17.900
Clindamycin	Antibiotika	63	1.924.500
Spiramycin	Antibiotika	50	3.000
Vancomycin	Antibiotika	43	63.300
Azithromycin	Antibiotika	42	4.217.000
Cefaclor	Antibiotika	40	989.000
Clarithromycin	Antibiotika	40	992.500
Meropenem	Antibiotika	40	3.800
Trimethoprim	Antibiotika	38	251.300
Paracetamol	Schmerzmittel	33	2.912.500
Amoxicillin	Antibiotika	33	7.163.700

Hohes Kapazitätsrisiko: Von einem Lieferstopp wäre mindestens ein Drittel der gesamten Produktionskapazitäten betroffen
Biosimilar: biotechnologisch hergestelltes Medikament, das nach Ablauf der Patentlaufzeit eines Originalwirkstoffs zugelassen wird
Verschreibungen: gerundet

Quellen: Catarata et al. (2025), Healthcare Supply Chain Institute
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Zwar ist nicht davon auszugehen, dass Peking einen kompletten Exportstopp pharmazeutischer Güter verhängt, denn damit würde das Land seiner Reputation als verlässlicher Handelspartner massiv schaden. Doch allein das Wissen um die eigene Verwundbarkeit könnte Europa in eine defensive Position bringen und damit zu (schmerzhaften) Zugeständnissen in einem Krisenfall führen. Ein großes Problem für die Europäer:

Die Versorgung mit Arzneimitteln lässt sich weder einfach noch schnell diversifizieren.

Das liegt daran, dass andere Weltregionen häufig in vergleichbarem Maße von chinesischen Zulieferungen abhängig sind und nicht so einfach als Ersatzlieferant einspringen können. Außerdem lassen sich die europäischen Produktionskapazitäten im Krisenfall nicht schnell

ausweiten: Der Aufbau neuer Produktionsstätten ist ein teurer und zeitaufwendiger Prozess, der bis zu fünf Jahre dauern kann.

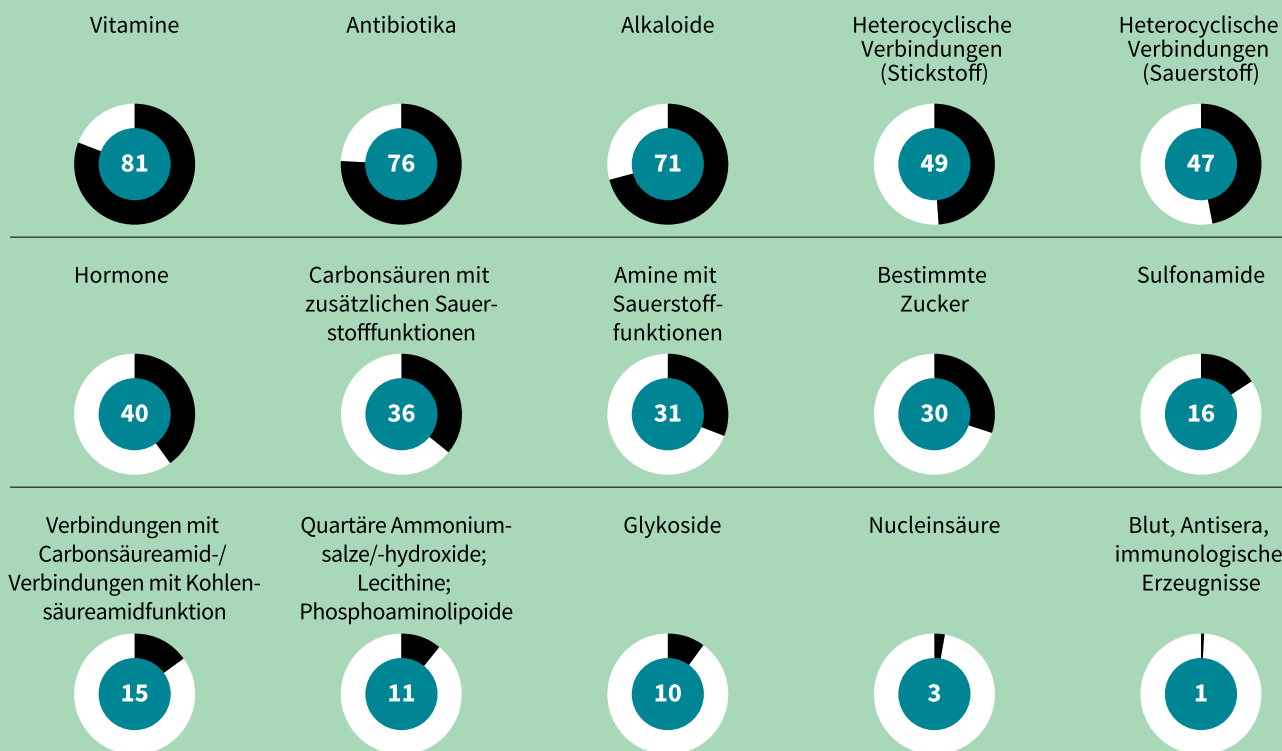
Wie groß die Abhängigkeit und damit die Gefahr insgesamt ist, verdeutlicht ein Blick auf die deutschen Einfuhren pharmazeutischer Grundstoffe – also der Basis späterer Medikamente (Grafik Seite 4):

Mehr als 80 Prozent der importierten Vitamine und gut drei Viertel der importierten antibiotischen Wirkstoffe kamen im Jahr 2024 aus China.

Und die Abhängigkeit ist sowohl für Deutschland als auch für die anderen europäischen Länder nicht das einzige Problem. Die Innovationskraft Chinas setzt die heimi-

Viele Einfuhren pharmazeutischer Grundstoffe kommen aus China

Anteil Chinas an den gesamten Importen Deutschlands in den jeweiligen Warengruppen im Jahr 2024 in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

schen Pharmafirmen ebenfalls unter Druck. Vor allem im biopharmazeutischen Sektor ist China inzwischen sehr stark. Dort entwickelten sich die Patentanmeldungen pharmazeutischer Firmen in den vergangenen zehn Jahren sogar dynamischer als in den USA. Auch hier braucht Europa dringend eine konkrete Antwort. Das Wichtigste dabei:

Europa sollte für eine nachhaltige Strategie zur Förderung der Pharmaindustrie nicht nur gesundheitspolitische Aspekte bedenken, sondern auch industrie-, innovations- und sicherheitspolitische Erwägungen einbeziehen.

Drei Ansätze können entscheidend dabei helfen, die Pharmaindustrie in der EU zu stärken:

Halten. Die Rückholung generischer Produktionen nach Europa ist kaum zu realisieren, nicht nur

aufgrund des Kostennachteils gegenüber China. Daher sollte der Fokus darauf liegen, bestehende Pharmakapazitäten auf dem Kontinent zu halten. Diese Erkenntnis ist bislang auf EU-Ebene kaum zu sehen. So sorgte etwa das jüngst beschlossene Ende der Produktion des Wirkstoffs Metamizol in Frankfurt-Höchst für wenig Aufsehen.

Diversifizieren. Konsens ist dagegen, dass die Beschaffung von Wirkstoffen und Vorprodukten breiter aufgestellt werden muss. Hier bieten sich Investitionspartnerschaften mit Drittstaaten an. Der Vorteil: Auch die Partnerländer könnten ihre Abhängigkeit von China reduzieren.

Forschen. Europa ist in der Biotechnologie weiterhin sehr innovativ. Gleichwohl muss die EU einige kritische Punkte überdenken. So haben chinesische Wettbewerber

über bestehende Kooperationen Zugriff auf europäisches Know-how, das sie nutzen könnten, um das gleiche Produkt günstiger selbst herzustellen. Umgekehrt gibt China nicht alle im eigenen Land erhobenen Daten für Partner im Ausland frei. Gleichzeitig bestünden aber bei einem Kooperationsverbot Risiken – schließlich profitieren europäische Pharmafirmen auch im Fall einer ungleichen Datenverteilung von der Zusammenarbeit.

Ebenso spielen Prozessinnovationen in der Pharmaindustrie eine wichtige Rolle, um Kosten zu senken und wettbewerbsfähig zu bleiben. China konnte hier zuletzt Erfolge vorweisen, Europa muss nachziehen.

Gutachten

Martin Catarata et al.: Strategische Abhängigkeiten bei wichtigen Arzneimitteln von China

Interview. Die Arzneimittelversorgung in Deutschland ist stark von China abhängig. Wie sich daran etwas ändern ließe und womit Deutschland seine eigene Pharmaindustrie unterstützen kann, erklärt **Jasmina Kirchhoff**, Projektleiterin der Forschungsstelle Pharmastandort Deutschland im Institut der deutschen Wirtschaft.

„Die Musik spielt heute in der Biopharmazie“

Deutschland ist bei Arzneimitteln abhängig von China. Wie groß ist die Gefahr, dass die Volksrepublik das ausnutzt?

Wir sehen, dass China durchaus bereit ist, Abhängigkeiten zu nutzen, um eigene Interessen durchzusetzen, etwa bei seltenen Erden oder in der aktuellen Chipkrise. Aber im Arzneimittelbereich so zu handeln, ist auch für China schwieriges Terrain. Menschen in anderen Ländern lebenswichtige Güter vorzuenthalten, um eigene Interessen durchzusetzen, wäre noch mal eine ganz andere Hausnummer. Die Reputationsschäden für China wären riesig. Das Risiko für ein solches Vorgehen Chinas halte ich aktuell für nicht sehr hoch.

Wie kann sich Deutschland im Pharmasektor besser aufstellen?

Um strategische Abhängigkeiten zu reduzieren, müssen wir auch unsere Innovationskraft stärken. In Deutschland passiert da schon einiges. Die nationale Pharmastrategie war ein guter erster Schritt, auch das Medizinforschungsgesetz. Mit der neuen Hightech-Agenda Deutschland sollen Forschung und Investitionen in Schlüsseltechnologien gestärkt werden. Eine davon ist die Biotechnologie, die für einen innovativen, wettbewerbsfähigen Pharmastandort zentral ist.

Was ist nötig, damit Deutschland hier mit den Konkurrenten aus den USA und China mithalten kann?

Zum Beispiel müssen Zulassungs- und Genehmigungsverfahren schneller werden. Diese sind zum Teil auch anzupassen. Ein Beispiel: Der Erstattungspreis eines innovativen Arzneimittels wird über seinen Zusatznutzen bestimmt. Um den nachzuweisen, wird das neue Medika-



Foto: iW

ment mit einem schon eingesetzten Präparat verglichen. Dafür braucht es große Patientenpopulationen in den klinischen Studien. Für neue Zell- und Gentherapien zum Beispiel, die viel zielgerichteter eingesetzt werden können, ist die aktuelle Methodik in diesem Verfahren aber nicht mehr zeitgemäß. Die Patientenpopulationen sind hier häufig kleiner, zum Teil gibt es kein Vergleichsmedikament.

Grundsätzlich werden größere Investitionen nötig sein, um den Pharmastandort zu sichern ...

Wir brauchen Investitionen an unserem Standort, um unsere Wirtschaft zu stärken und unseren Wohlstand zu sichern – und das sowohl staatlich als auch privat. Die pharmazeutische Industrie gehört nach wie vor zu den investitionsstärksten Branchen in Deutschland – vor allem in der Forschung und Entwicklung.

Eine starke Pharmaindustrie spielt also nicht nur eine wichtige Rolle für die Versorgung vor Ort. Aufgrund des demografischen Wandels brauchen wir gerade Branchen, die innovations- und wertschöpfungsstark sind. Diesen Unternehmen nicht die richtigen Rahmenbedingungen für ihre Forschung, Entwicklung und Produktion zu bieten, wäre nicht schlau.

Die Musik bei neuen Medikamenten spielt bereits im biopharmazeutischen Bereich. Da haben wir zwar grundsätzlich eine gute Ausgangsposition in Deutschland und Europa. Aber andere Länder schlafen nicht: Die USA sind traditionell stark, Asien holt bei Biopharmazeutika schnell auf. Deutschland muss deshalb die richtigen Impulse setzen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben – und so weitere strategische Abhängigkeiten zu vermeiden.

Aussichten: Grau bis dunkelgrau

IW-Konjunkturumfrage. Die Unternehmen in Deutschland sind weiter im Krisenmodus, das zeigt die aktuelle IW-Konjunkturumfrage. Und viel Hoffnung auf Besserung im neuen Jahr besteht aus ihrer Sicht nicht. Größtes Sorgenkind bleibt die Industrie.

Lage schwierig, Aussichten schlecht – so lässt sich die Stimmung der deutschen Wirtschaft aktuell zusammenfassen. Viele Unternehmen leiden seit Jahren unter den widrigen Umständen, zunächst verursacht durch die Coronapandemie, gefolgt von Energiekrise und geopolitischen Spannungen rund um den Globus.

Zwar versucht die Politik derzeit, die Wirtschaft in Deutschland wieder in Schwung zu bringen, für die Unternehmen bleibt die konjunkturelle Wende aber bislang aus, wie die

Ergebnisse der aktuellen IW-Konjunkturumfrage zeigen (Grafik):

Jeweils knapp vier von zehn Unternehmen sagen, dass die Lage in der Produktion, hinsichtlich der Investitionen und was die Beschäftigung angeht, im Herbst 2025 schlechter ist als ein Jahr zuvor.

Der Saldo von positiven und negativen Bewertungen liegt bei allen Indikatoren deutlich im Minusbereich mit bis zu 20 Prozentpunkten.

Und auch der Blick nach vorn verheißt nichts Gutes. Für das

kommende Jahr rechnen die Unternehmen für alle drei Bereiche mit einer Verschlechterung. Alarmierend ist vor allem folgende Einschätzung:

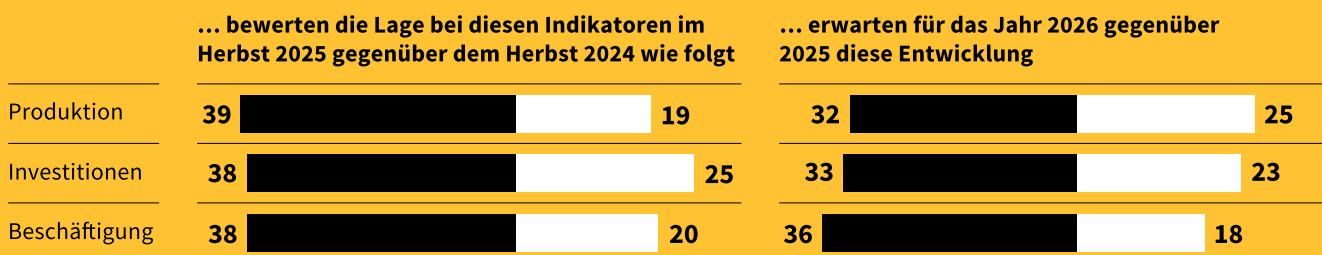
Mit einem Negativsaldo von gut 17 Prozentpunkten ist das Ergebnis für die Beschäftigung am schlechtesten. Viele Firmen in Deutschland rechnen damit, Stellen abbauen zu müssen.

Von den einzelnen Branchen hat zumindest die Bauwirtschaft ausgeglichene Erwartungen für 2026. Ein knappes Viertel rechnet mit einer höheren Produktion, ebenso viele

IW-Konjunkturumfrage: Pessimismus überwiegt

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland ...

■ Schlechter ■ Besser



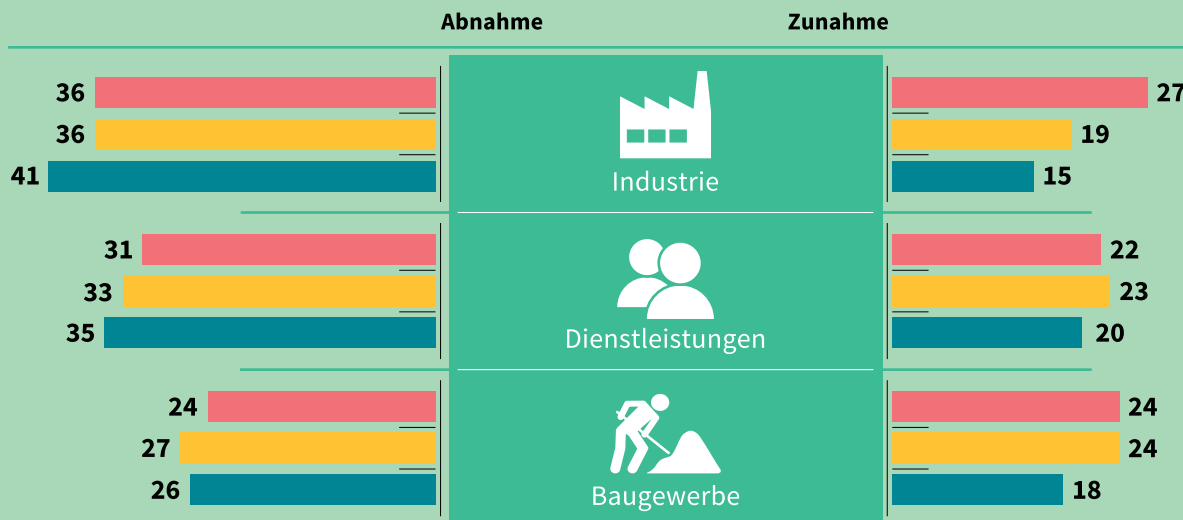
Rest zu 100: gleichbleibend
Befragung von 1.915 Unternehmen im Oktober 2025

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

IW-Konjunkturumfrage: Mehrheit rechnet mit Stellenabbau

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland erwarten für das Jahr 2026 gegenüber 2025 diese Entwicklung der ...

■ ... Produktion ■ ... Investitionen ■ ... Beschäftigung



Rest zu 100: gleichbleibend
Befragung von 1.915 Unternehmen im Oktober 2025

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Firmen erwarten für sich niedrigere Ergebnisse. Womöglich spielt hier das Sondervermögen für die Infrastruktur eine Rolle für die etwas zuversichtlichere Einschätzung.

Bei den Dienstleistern ist das Bild getrübt. Weniger Produktion, weniger Investitionen, weniger Beschäftigte – die Branche rechnet durchgehend mit einem schwierigen neuen Geschäftsjahr.

Das große Sorgenkind bleibt trotz allem die Industrie (Grafik):

36 Prozent der Industrieunternehmen gehen von einer geringeren Produktion im kommenden Jahr aus, nur 27 Prozent wollen sie ausweiten.

Angesichts der großen Herausforderungen hinsichtlich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der klimaneutralen Transformation sind auch die Investitionsplanungen bedenklich. Lediglich 19 Prozent der

Industriebetriebe rechnen mit höheren Investitionen im Jahr 2026, dagegen werden wohl 36 Prozent ihre Ausgaben zurückfahren.

Die größte Diskrepanz gibt es allerdings bei der Beschäftigung:

Mehr als vier von zehn Industriefirmen gehen davon aus, im kommenden Jahr Stellen abbauen zu müssen. Nur 15 Prozent sehen künftig eine wachsende Belegschaft im Betrieb.

Die Politik sollte die wertschöpfungsstarke Industrie dringend unterstützen, zum Beispiel durch niedrigere Energiepreise oder sinkende Unternehmensteuern, um einen großen Aderlass zu verhindern (siehe Seiten 8–9).

Die IW-Konjunkturumfrage zeigt darüber hinaus, in welchen Regionen die Unternehmen besonders pessimistisch sind. Die Forscher haben Deutschland dafür in sieben Wirt-

schaftsräume eingeteilt. Einen positiven Saldo bei den Produktionserwartungen verzeichnen im Herbst 2025 die Betriebe in Bayern und in der Region Nord (Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg, Bremen). Nahe am gesamtdeutschen negativen Saldo von 7 Prozentpunkten bewegen sich die Ergebnisse für die Betriebe in Baden-Württemberg.

Aus dem Rahmen fällt die Region Nord-Ost (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Berlin) mit erheblich negativen Erwartungen für das Jahr 2026. Das ist insofern bemerkenswert, da diese Region weniger als andere durch die schwierige Situation des Verarbeitenden Gewerbes geprägt ist.

IW-Report 51/2025

Michael Grömling: Stimmungsumschwung lässt auf sich warten – IW-Konjunkturumfrage Herbst 2025

Gefährlicher Trend

Verarbeitendes Gewerbe. Deutschlands Industrie verliert im internationalen Wettbewerb an Boden – bürokratische Hürden, hohe Energiepreise und marode Infrastruktur bremsen die Unternehmen aus. Die Politik ist gefordert, dem für die Bundesrepublik substanziellen Wirtschaftssektor mit gezielten Reformen zu alter Stärke zu verhelfen.

Das Verarbeitende Gewerbe ist ein essenzieller Bestandteil der deutschen Wirtschaft. Ob Maschinenbau, Automobil- oder Metall- und Elektro-Industrie: Die verschiedenen Industriebranchen zeichnen sich durch hohe Produktivität sowie große Innovationskraft aus und sichern so die Wettbewerbsfähigkeit des Standort D.

Doch in den vergangenen Jahren ist der Druck auf die Industrieunternehmen deutlich gestiegen – unter anderem durch den Fachkräfteman-

gel, Lieferengpässe sowie stark gestiegene Material- und Personalkosten. Darüber hinaus schwächen eine überbordende Bürokratie und eine bröckelnde Infrastruktur die Unternehmen, zudem erschweren Handelshemmnisse wie die von den USA erhobenen Zölle den Export.

All das hat zur Folge, dass die Industriequote hierzulande zuletzt gesunken ist (Grafik Seite 9):

Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung in Deutschland ist zwischen

2016 und 2024 von knapp 23 Prozent auf unter 20 Prozent zurückgegangen.

Innerhalb der EU gehört Deutschland damit zwar nach wie vor zu den Ländern mit der höchsten Industriequote. Doch mit der schwächelnden Industrie leidet auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik: Im World Competitiveness Ranking des International Institute for Management Development ist Deutschland vom zehnten Platz im Jahr 2015 mittlerweile auf Rang 19 zurückgefallen.

Sollte sich die Industriekrise hierzulande weiter verschärfen, träfe das vor allem ländliche Regionen. Denn während Branchen wie die Finanzwirtschaft oder der Informations- und Telekommunikationssektor überwiegend in kreisfreien Städten oder dicht besiedelten Landkreisen sitzen, produzieren Industrieunternehmen meist außerhalb dieser (Grafik):

Mehr als 70 Prozent der rund 5,5 Millionen Industriebeschäftigten in Deutschland arbeiten im ländlichen Raum.

Müssten die Industrieunternehmen aufgrund schwacher Produktion dort Arbeitsplätze abbauen, käme es zu einer kritischen Kettenreaktion: Eine rückläufige Beschäftigung verringert die Kaufkraft vor Ort, was wiederum Handel, Gastronomie und

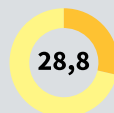
Industrie stärkt Beschäftigung im ländlichen Raum

So viel Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesen Branchen in Deutschland arbeiteten 2024 im ...

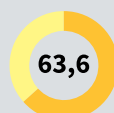
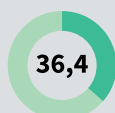
■ ... ländlichen Raum ■ ... städtischen Raum



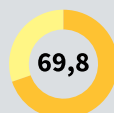
Industrie



Finanz- und Versicherungsdienstleistungen



Information und Kommunikation



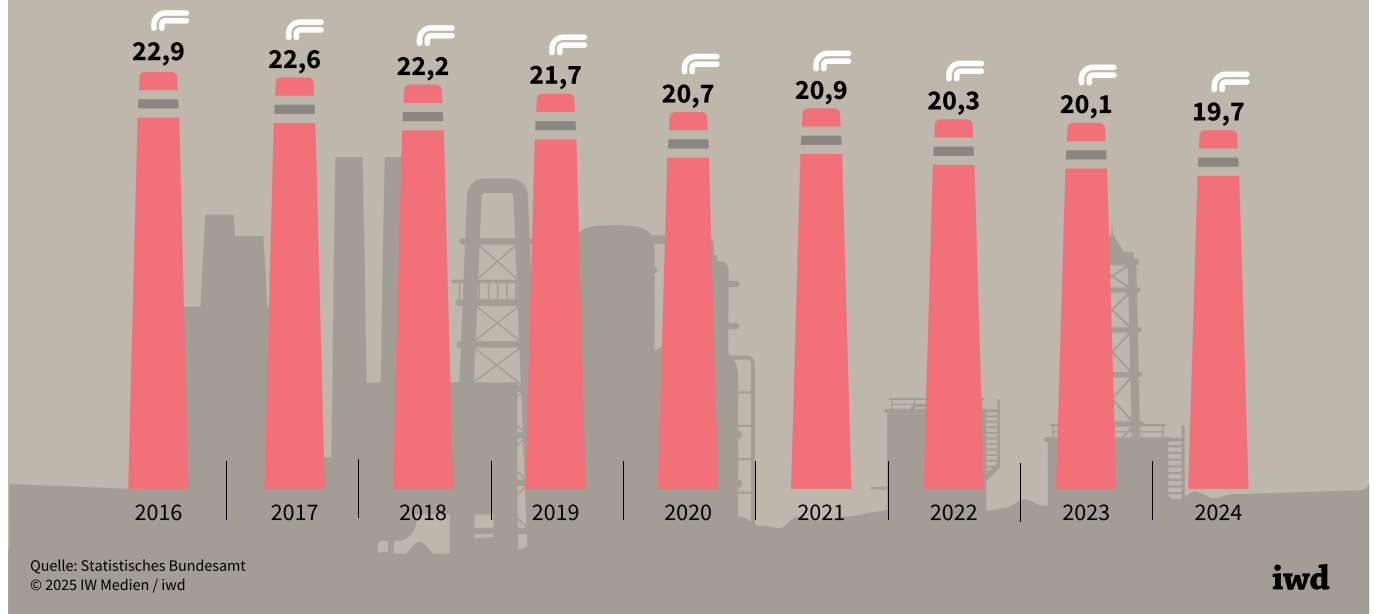
Städtischer Raum: kreisfreie Städte sowie Landkreise mit mehr als 100.000 Einwohnern und einer Einwohnerdichte von mehr als 820 Einwohnern je Quadratkilometer

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Statistische Landesämter, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Industriequote in Deutschland sinkt

Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung in Deutschland in Prozent



andere lokal gebundene Dienstleistungen trifft. Dadurch nehmen die Kommunen weniger Steuern ein, was öffentliche Investitionen in Infrastruktur und Bildung einschränkt. Dies verstärkt das Gefälle zwischen Stadt und Land und die Attraktivität ländlicher Räume als Wohn- und Arbeitsstandorte nimmt ab.

Damit es nicht dazu kommt, muss die Politik dringend gegensteuern und die industriellen Standortfaktoren verbessern:

Bürokratie abbauen. Rund 85 Prozent der Industrie- und industrienahen Dienstleistungsbetriebe halten die hohe Regulierungsdichte und die Belastung durch bürokratische Vorgaben für produktivitätshemmend (siehe iwd 19/2025). Es braucht strukturelle Reformen, um Prozesse zu verschlanken, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und die Potenziale der Digitalisierung stärker zu nutzen.

Kosten senken. Die Bundesrepublik hat im Vergleich von 27 wichti-

gen Wettbewerbsländern die vierthöchsten Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe (siehe iwd 19/2025). Damit sich heimische Unternehmen weiterhin im internationalen Wettbewerb behaupten können, sollte die Regierung neben den Lohnnebenkosten – hier braucht es in erster Linie eine strikte Ausgabendisziplin in allen Zweigen der Sozialversicherung – die Betriebe auch bei den in Deutschland sehr hohen Unternehmensteuern sowie den Energiekosten entlasten.

Infrastruktur modernisieren und ausbauen. Den landesweiten Investitionsrückstand will die Bundesregierung mit ihrem 500 Milliarden Euro schweren Sondervermögen aufholen – das klappt aber nur, wenn sie die Gelder wirklich für zusätzliche und zukunftsrelevante Investitionen einsetzt und den gesamten Bauprozess effizienter gestaltet (siehe iwd 21/2025).

Innovationen stärken. Die Innovationskraft in Deutschland

sinkt, im Global Innovation Index der Weltorganisation für geistiges Eigentum ist die Bundesrepublik gegenüber 2024 von Platz neun auf Platz elf zurückgefallen. Besonders schlecht sind in Deutschland die Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen (Rang 41).

Doch innovative Start-ups sind wichtige Treiber des Strukturwandels und erhöhen das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft. Deutschland sollte sich deshalb bemühen, seine Gründungslandschaft zu stärken, beispielsweise durch schnelleren und vereinfachten Zugang zu Fördermitteln sowie einer engeren Verzahnung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen.

Gutachten

Hanno Kempermann et al.: Die Industrie als Treiber von Produktivität und Innovation für ein starkes Hessen – Roadmap für HESSENMETALL und HessenChemie

Unbeabsichtigter AfD-Push für Erneuerbare

Klimapolitik. Die Alternative für Deutschland (AfD) leugnet den menschengemachten Klimawandel und lehnt die Energiewende ab. Bei Bundesbürgern, die kritische AfD-Statements zum Ausbau der erneuerbaren Energien lesen, kann dies anschließend zu einer größeren Akzeptanz solcher Vorhaben führen.

Mein politischer Feind hat immer Unrecht – diese Haltung findet sich auch in der emotional aufgeladenen Debatte der Klima- und Energiepolitik, wie eine IW-Studie in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe REXKLIMA der TU Dresden zeigt. Die Forscher befragten 5.350 Personen zu ihrer Meinung zum Ausbau der erneuerbaren Energien in Waldgebieten. Ein Teil der Teilnehmer bekam zuvor ein kritisches Statement der AfD, ein anderer Teil ein kritisches Statement von Umweltschutzorganisationen vorgelegt. Eine dritte Kontrollgruppe erhielt kein Statement vor der Befragung.

Grundsätzlich unterstützt eine Mehrheit der Bevölkerung den Ausbau von Windkraftanlagen: Rund zwei Drittel (66,8 Prozent) der Befragten in Deutschland sprechen sich dafür aus, nur 16,5 Prozent dagegen.

Umstrittener ist das Errichten neuer Windkraftanlagen in Waldgebieten: Der Anteil der Befürworter beträgt hier nur noch 30 Prozent, fast 46 Prozent lehnen diese Vorhaben ab. Interessant ist aber (Grafik):

Bundesbürger, die ein negatives AfD-Statement zum Windkraftausbau in Waldgebieten vorgelegt bekamen, lehnten dieses Vorhaben nur noch zu knapp 42 Prozent ab.

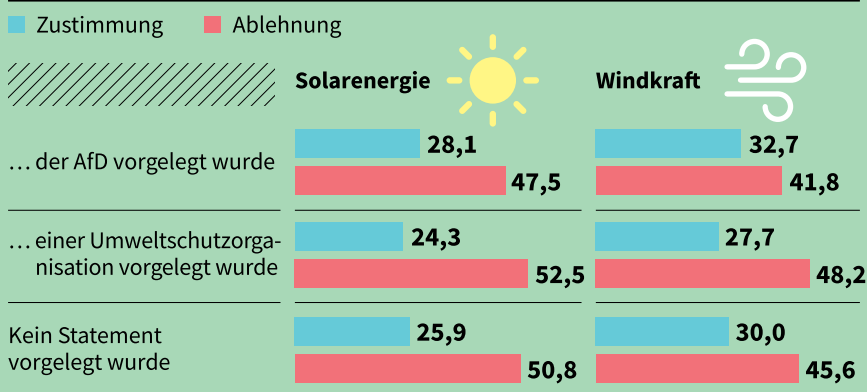
Zumindest ein Teil der Befragten lehnt also eine Position genau dann ab, wenn die AfD sie vertritt. Diese Befragten scheinen der Partei keine Glaubwürdigkeit im Bereich der Klima- und Energiepolitik zuzuschreiben. Tatsächlich war ganz allgemein die Skepsis gegenüber der rechtspopulistischen Partei zum Befragungszeitpunkt im Frühjahr 2024 groß: So stufen 71 Prozent der Bevölkerung die Partei damals als unwählbar ein.

Doch nicht nur die AfD äußert Bedenken zum Ausbau der erneuerbaren Energien in Waldgebieten, sondern auch verschiedene Umweltschutzorganisationen. Eine entsprechende Aussage des Naturschutzbund Deutschland (NABU), die einer weiteren Gruppe von Befragten vorgelegt wurde, überzeugte und führte dazu, dass der Widerstand stieg: Der Anteil der Ablehner von neuen Windkraftanlagen in Waldgebieten in diesem Befragungssetting lag bei rund 48 Prozent – und damit fast 3 Prozentpunkte höher als in der Kontrollgruppe, die keine Zusatzinfo erhalten hatte.

Beim weniger umstrittenen Solarausbau in Waldgebieten ergaben sich ähnliche, jedoch nicht ganz so eindeutige Befunde.

AfD-Kritik macht Wind- und Solarkraft beliebter

So viel Prozent der Bundesbürger haben diese Haltung zum Ausbau der erneuerbaren Energien in Waldgebieten, wenn ihnen zuvor ein ablehnendes Statement ...



Rest zu 100: teils, teils
Befragung von 5.350 Personen ab 18 Jahren in Deutschland zwischen dem 26. April und dem 8. Mai 2024
AfD (2019): „Wir fordern zum Schutz von Flora und Fauna einen konsequenten Ausbaustopp von Windkraft- und Photovoltaikanlagen in unseren heimischen Wäldern und auf landwirtschaftlichen Flächen“
NABU (2017): „Der Ausbau der Windenergie darf nur in Ausnahmefällen im Wald stattfinden“
BUND (2023): „Die CO₂-speichernden Wälder müssen für Solarmodule tabu sein“

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht

Matthias Diermeier, Manès Weisskircher:
Backlash-Effekt: Wie AfD-Kritik der Windkraft Zustimmung verleiht

Der Burger-Blick

Kaufkraft. Wenn es um das Zusammenspiel von Preisniveau und Wechselkurs geht, ist der Big-Mac-Index nicht weit – schließlich soll er anschaulich Kaufkraftunterschiede zwischen verschiedenen Ländern verdeutlichen. Das funktioniert allerdings in der Theorie besser als in der Praxis.

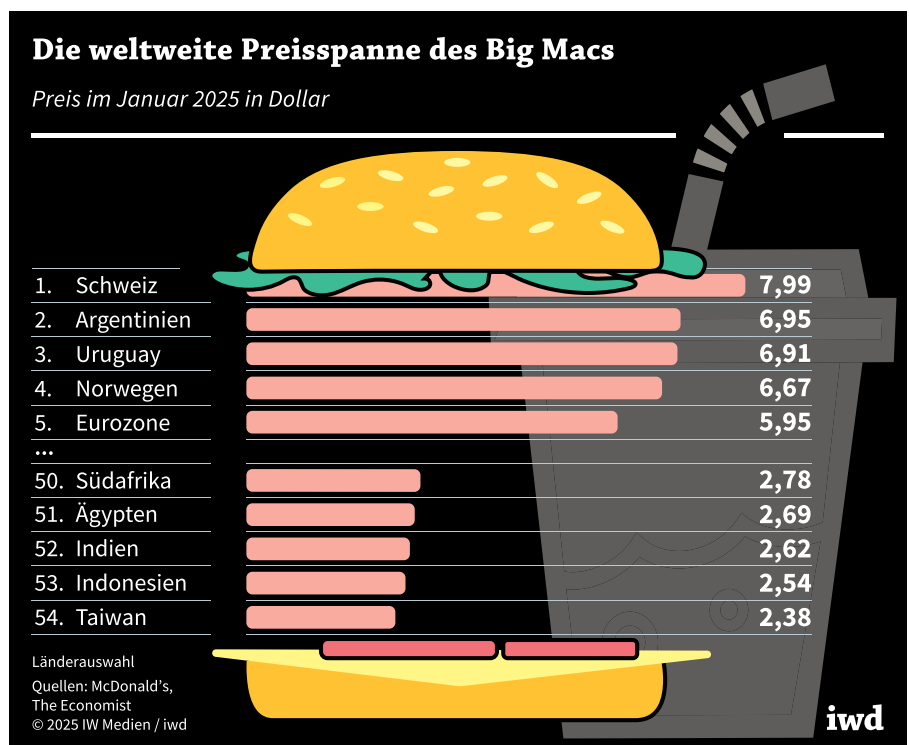
Der Fast-Food-Konzern McDonald's schreibt seinen Franchisenehmern weltweit die einzelnen Bestandteile seines Big Macs genau vor. Das macht den Burger zu einem global vergleichbaren Produkt – woraus sich wiederum wirtschaftliche Implikationen ableiten lassen. Die aktuellen Preise des Klassikers sind im sogenannten Big-Mac-Index für mehr als 50 Länder und Regionen aufgeführt. Die Spanne ist immens (Grafik):

In der Schweiz kostete der Burger im Januar 2025 umgerechnet 7,99 Dollar – und damit mehr als dreimal so viel wie in Taiwan.

Die Eurozone landet im Ranking mit 5,95 Dollar auf Platz fünf – die Preise in den einzelnen Euroländern werden nicht separat ausgewiesen.

Am zweit teuersten war der Big Mac in Argentinien, wo sich der Preis binnen eines Jahres fast verdoppelt hat. Der Grund war zum einen die hohe Inflation im Land, zum anderen die starke Überbewertung des Peso durch bewusste Wechselkurskontrollen der argentinischen Regierung.

Argentinien ist damit ein Musterbeispiel für die Idee hinter dem Big-Mac-Index: Eine Redakteurin der britischen Zeitschrift „The Economist“ hat ihn 1968 entwickelt, um auf einfache Weise zu messen, ob eine Währung über- oder unterbewertet ist. Dahinter steckt eine Vorstellung aus dem ökonomischen Lehrbuch: In der perfekten Wirtschaftswelt würden sich Wechselkurse bei freiem Handel so einpendeln, dass ver-



gleichbare Waren – wie der weltweit erhältliche Big Mac – in allen Ländern gleich viel kosten.

Dass dies nicht so ist, liegt nicht nur am Ungleichgewicht der Wechselkurse:

Handel. Ein Burger ist kein grenzüberschreitend handelbares Produkt – einfach deswegen, weil er verderblich ist. Ein Schweizer kann seinen Big Mac nicht in Taiwan bestellen und dadurch dort die Preise nach oben treiben oder für einen Ausgleich der Wechselkurse sorgen.

Internationales Wohlstandsgefälle. Dieses bewirkt Unterschiede im allgemeinen Preisniveau, was sich auch im Burgerpreis niederschlägt. Vor allem für die Preise von Lebens-

mitteln, die nicht für den Export bestimmt sind, ist die heimische Kaufkraft ausschlaggebend.

Steuern und Zölle. Sie beeinflussen den Preis für Kunden im In- und Ausland. Wenn etwa unterschiedliche Mehrwertsteuersätze zu Preisdifferenzen führen, werden diese generell nicht durch den Wechselkurs ausgeglichen, weil die nationale Mehrwertsteuer beim grenzüberschreitenden Handel nicht anfällt. Umgekehrtes gilt für Zölle: Sie treffen nur die Kunden im Ausland.

Unterm Strich ist der Big-Mac-Index daher als Wechselkursmaßstab eher ungeeignet. Er taugt allerdings gut dazu, die Kaufkraft des Dollar außerhalb der USA zu messen.

Elastisch, aber angespannt

Kautschukindustrie. Die Hersteller von Gummiprodukten sind wichtiger Bestandteil der deutschen Industrie – und das nicht nur als Zulieferer für die Automobilbranche. Die stagnierende Wirtschaft und die geopolitischen Spannungen in der Welt machen den hiesigen Kautschukunternehmen allerdings zusehends zu schaffen. Mit gezielter Standortpolitik ließe sich die Lage verbessern.

Wenn von Gummiproduktion die Rede ist, kommt vielen sofort der Autoreifen in den Sinn. Doch der elastische Stoff ist in noch viel mehr Dingen des Alltags zu finden: in Schuhsohlen, der Yogamatte, als Dichtung in Maschinen, Fenstern und Türen oder in Schnullern und Zahnbürsten. Gummiprodukte sind oftmals ein unscheinbarer bis unsichtbarer Teil des täglichen Lebens – und dennoch oder gerade deswegen sehr wichtig.

Zudem ist die Kautschukindustrie ein relevanter Wirtschaftsfaktor. In Deutschland beschäftigte sie im vergangenen Jahr etwa 63.000 Menschen. Insgesamt verarbeiteten die in der Bundesrepublik angesiedelten Betriebe im Jahr 2024 rund 520.000 Tonnen Kautschuk zu Gummi – gut 43 Prozent des Kautschukeinsatzes

wurden benötigt, um Reifen herzustellen. Der Umsatz der Branche ist beträchtlich (Grafik):

Im Jahr 2024 erzielten die Unternehmen der deutschen Kautschukindustrie einen Umsatz von annähernd 11,4 Milliarden Euro.

Doch der Blick zurück auf die mittelfristige Entwicklung zeigt: Der Branche geht es schlecht. Strukturwandel, Kostendruck und geringere Nachfrage haben dazu geführt, dass die Unternehmen innerhalb von fünf Jahren mehr als 10.000 Arbeitsplätze abbauen mussten. Die Industriekrise trifft die Branche mit Wucht.

Vor allem die schwächelnde Autoindustrie macht den Kautschukunternehmen in ihrer Rolle als Zulieferer zu schaffen. Zum einen werden weniger Autos gebaut und

Die Kautschukindustrie in Zahlen

in Deutschland im Jahr 2024

Beschäftigte



63.000

Umsatz
in Millionen Euro



11.350

Produktionsmenge
in 1.000 Tonnen



1.100

Kautschukverbrauch
in 1.000 Tonnen



520

damit weniger Reifen benötigt. Dazu verlagern Autobauer Produktionen von Zuliefererkomponenten zum Teil „inhouse“, weil sie wegen Beschäftigungsgarantien für ihre Belegschaft die eigene Auslastung wieder verbessern wollen.

Apropos Auslastung:

Die Reifenhersteller in Deutschland hatten im vergangenen Jahr eine Kapazitätsauslastung von weniger als 80 Prozent.

Unterhalb dieser Marke wird es für die Betriebe extrem schwierig, wirtschaftlich zu arbeiten. Historisch gesehen ist eine Auslastung von mehr als 90 Prozent üblich.

Genauso schlecht sieht es in den Fertigungsstandorten für technische Gummiprodukte aus. Im Jahr 2024 waren die Anlagen der überwiegend mittelständischen Unternehmen in Deutschland nicht einmal zu 74 Prozent ausgelastet.

Wenn es im Inland schlecht läuft, wandert der Blick auf der Suche nach neuen Absatzmärkten zwangsläufig zu den internationalen Handelspartnern. Ein Land sticht dabei hervor:

Der deutsche Export von Gummiprodukten nach Indien ist 2024 um 122 Prozent gestiegen.

Auch in den osteuropäischen Staaten wie Polen, Tschechien und Rumänien stieg die Nachfrage, besser liefen die Geschäfte zuletzt zudem mit der Türkei.

Die Gegenbuchung ist allerdings, dass die Ausfuhren ins Nachbarland Frankreich, ins Vereinigte Königreich und in die USA im Jahr 2024 deutlich gesunken sind. Ein zunehmendes Problem für die deutsche Kautschukindustrie ist außerdem China. Die Volksrepublik war im vergangenen Jahr im Bereich der technischen Gummiprodukte der größte Exporteur von Konkurrenzprodukten nach Deutschland.

Trotz der schwierigen Lage investiert die deutsche Kautschukindustrie weiterhin stark in die eigene Zukunft und hebt sich damit vom allgemeinen Trend in der Industrie ab (Grafik):

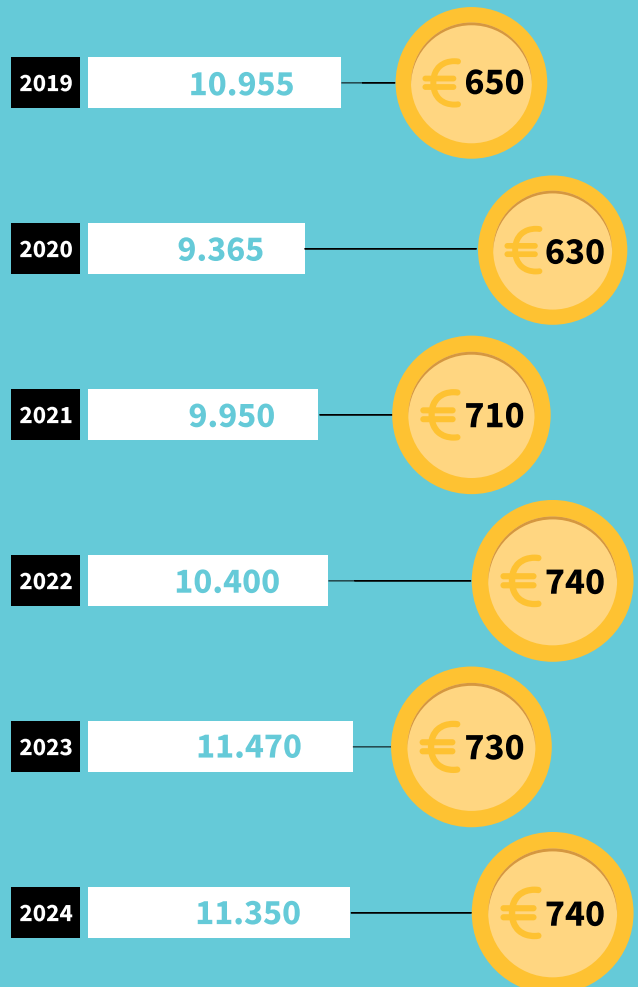
Im Jahr 2024 tätigten die Unternehmen der deutschen Kautschukbranche Investitionen in Höhe von 740 Millionen Euro, das waren 10 Millionen Euro mehr als im Jahr zuvor.

Besonders hoch sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE), sie betrugen zuletzt 6 Prozent des Branchenumsatzes. Zum Vergleich: In Deutschland lag der FuE-Anteil gemessen am Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 – das sind die neuesten verfügbaren Daten – bei 3,1 Prozent. Im Fokus der Forschungsvorhaben der Kautschukunternehmen stehen Produkt- und Prozessentwicklung.

Kautschukindustrie investiert in die Zukunft

in Millionen Euro

■ Umsatz ■ Investitionen



Quelle: Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Den Willen der deutschen Kautschukindustrie, weiterhin hochwertige Produkte am Standort Deutschland zu produzieren und damit Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern, sollte die Politik dringend unterstützen. Denn nur mit passenden Rahmenbedingungen lässt sich das Vorhaben auch in der Praxis umsetzen.

So brauchen die Unternehmen wettbewerbsfähige Energiekosten. Auch niedrigere Unternehmensteuern und eine stärkere Förderung der Kreislaufwirtschaft würden sich positiv auswirken. Eine große Baustelle ist zudem die überbordende Bürokratie. Ein Abbau sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene ist zwingend nötig, um die Unternehmen zu entlasten.

Große Lücken in vielen Branchen

Fachkräfte. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat mit einer neuen Methodik erstmals Zahlen zu den Fachkräfteengpässen in einzelnen Branchen berechnet. Das Ergebnis: In vielen Wirtschaftszweigen fehlt Personal, am stärksten betroffen sind allerdings das Gesundheitswesen, Teile des Bausektors und die öffentliche Verwaltung.

Zu den vielen Problemen, die die deutsche Wirtschaft herausfordern, zählt der Fachkräftemangel (siehe iwd 16/2025). Das IW stellt bereits seit 2020 regelmäßig Zahlen darüber bereit, wie viele beruflich oder akademisch qualifizierte Arbeitskräfte in einzelnen Berufen fehlen.

Nun hat das Institut seine Methodik erweitert, sodass es erstmals möglich ist, die Fachkräftelücke für die Wirtschaftszweige zu berechnen. Damit lassen sich für die einzelnen

Branchen auch Fachkräfteengpässe identifizieren, die nicht in den entsprechenden Kernberufen bestehen, aber dennoch für die wirtschaftliche Tätigkeit der Unternehmen relevant sind. Das können beispielsweise fehlende Fachkräfte in den Bereichen IT, Verwaltung oder Vertrieb sein.

Die Berechnung von branchenbezogenen Fachkräftelücken ermöglicht es auch, aufzuzeigen, in welchen Berufsbereichen einzelne Wirtschaftszweige um dieselben Fach-

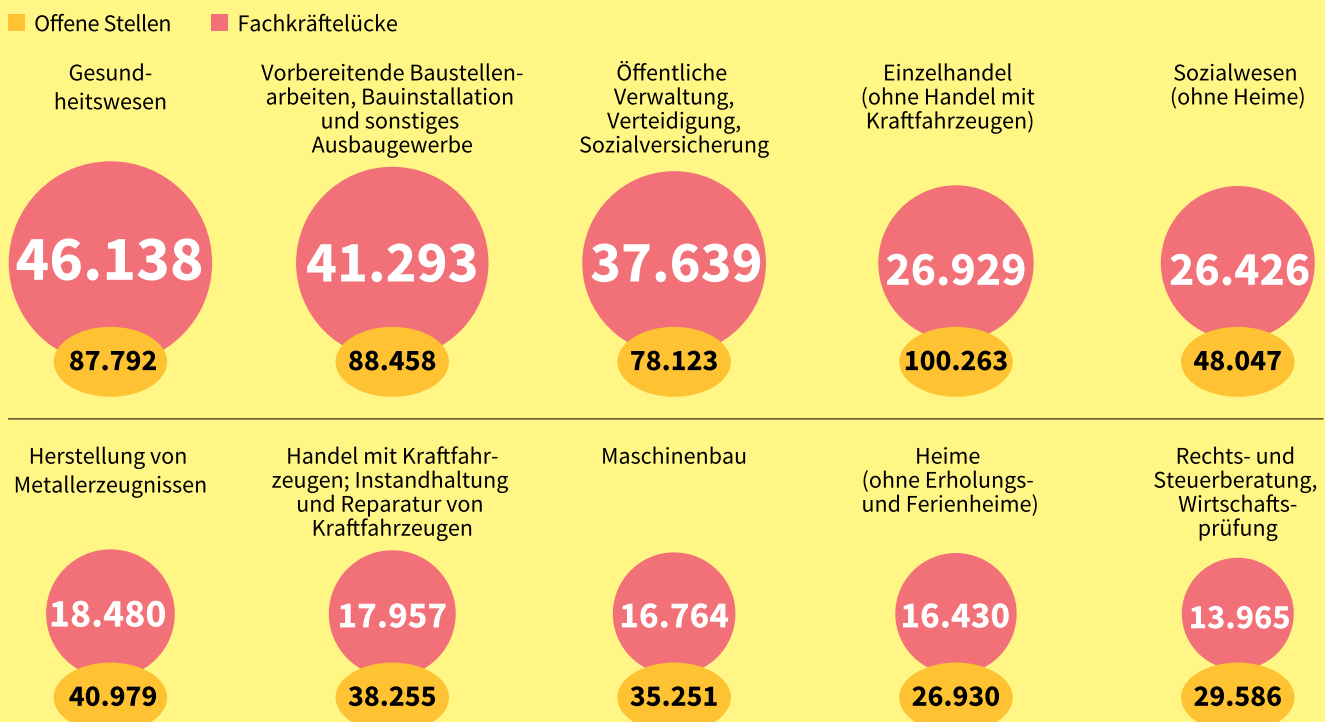
kräfte konkurrieren. Zunächst einmal verdeutlichen die neu berechneten Daten aber, in welchen Wirtschaftszweigen der Mangel besonders groß ist (Grafik):

Im Schnitt des vergangenen Jahres war die Fachkräftelücke im Gesundheitswesen mit mehr als 46.000 nicht besetzbaren offenen Stellen am größten.

In ähnlichem Maße litten ein Teil des Bausektors sowie der Wirtschaftsbereich „Öffentliche Verwal-

Wirtschaftszweige: Wo die meisten Fachkräfte fehlen

in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2024



Fachkräftelücke: Zahl der offenen Stellen, die sich rechnerisch nicht mit entsprechend qualifizierten Arbeitslosen besetzen ließen

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

Fachkräfteengpässe: Einige Branchen hängen an nur wenigen Berufen

In diesen Berufsgattungen war der Anteil an der gesamten Fachkräftelücke des jeweiligen Wirtschaftszweigs in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2024 am höchsten

☐ Absolut ☒ In Prozent der gesamten Fachkräftelücke der Branche

Wirtschaftszweig	Berufsgattung	Fachkräftelücke	
Gesundheitswesen	Physiotherapie – Spezialist	11.979	26,0
	Gesundheits- und Krankenpflege – Fachkraft	7.174	15,5
	Zahnmedizinische Fachangestellte – Fachkraft	6.778	14,7
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	Bauelektrik – Fachkraft	10.496	25,4
	Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik – Fachkraft	8.648	20,9
	Dachdeckerei – Fachkraft	2.758	6,7
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	Öffentliche Verwaltung – Fachkraft	4.603	12,2
	Kinderbetreuung und -erziehung – Spezialist	4.451	11,8
	Sozialarbeit und Sozialpädagogik – Experte	4.034	10,7
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	Verkauf (ohne Produktspezialisierung) – Fachkraft	6.643	24,7
	Aufsicht und Führung – Experte	5.961	22,1
	Verkauf von Fleischwaren – Fachkraft	1.555	5,8
Sozialwesen (ohne Heime)	Sozialarbeit und Sozialpädagogik – Experte	6.185	23,4
	Altenpflege – Fachkraft	5.355	20,3
	Kinderbetreuung und -erziehung – Spezialist	5.280	20,0

Fachkräftelücke: Zahl der offenen Stellen, die sich rechnerisch nicht mit entsprechend qualifizierten Arbeitslosen besetzen ließen
Fachkraft: mit abgeschlossener Berufsausbildung; Spezialist: mit Bachelor- oder Fortbildungsabschluss wie Meister und Techniker;
Experte: mit mindestens Master- oder Diplomabschluss
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

tung, Verteidigung, Sozialversicherung“ unter Fachkräfteengpässen. Insgesamt betrifft das Problem sowohl vielfältige Dienstleistungssparten als auch wichtige Bereiche der Industrie.

Legt man den Fokus auf die fünf Wirtschaftszweige mit dem größten Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, wird deutlich, wie stark einige Berufe die Fachkräftesituation in den einzelnen Branchen prägen (Grafik):

Im Gesundheitswesen machten 2024 die fehlenden Physiothera-

peuten, Gesundheits- und Krankenpfleger sowie zahnmedizinischen Fachangestellten zusammen mehr als 56 Prozent der gesamten Fachkräftelücke aus.

Im Wirtschaftszweig „Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe“ sowie im Einzelhandel ohne den Kfz-Bereich sind es sogar nur jeweils zwei Berufe, auf die sich fast die Hälfte der Fachkräfteengpässe konzentriert. Und im Sozialwesen sind nahezu 80 Prozent der Fach-

kräftelücke lediglich vier Berufen zuzuschreiben.

Wenn es darum geht, um neue Mitarbeiter zu werben, können demnach in diesen Wirtschaftszweigen Imagekampagnen sinnvoll sein, die gemeinsam auf die einzelnen Berufe und die gesamte Branche abstellen.

IW-Report

Valeria Quispe, Gero Kunath, Sabine Köhne-Finster, Dirk Werner: Berechnung von Fachkräfteengpässen nach Wirtschaftszweigen

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsidentin: Angelique Renkhoff-Mücke · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber, Tina Zeinlinger
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 13,31/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwdmedien@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Zahl der Woche**Prozent**

der 65- bis 74-jährigen Rentner in Deutschland waren im Jahr 2024 erwerbstätig – im Jahr zuvor galt dies für rund 12 Prozent. Von den Männern in dieser Altersgruppe, die eine gesetzliche Altersrente bezogen, arbeiteten zuletzt 16 Prozent, von den gleichaltrigen Rentnerinnen jede zehnte.

In der Regel arbeiten Rentner mit reduziertem Stundenumfang: Die Mehrheit – 39 Prozent – geht maximal zehn Stunden in der Woche einer Erwerbstätigkeit nach. Gut ein Viertel betätigt sich zwischen zehn und weniger als 20 Wochenstunden, 12 Prozent der arbeitenden Rentner kommen auf 20 bis unter 30 Stunden in der Woche. Ein Pensum von 30 bis 40 Wochenstunden absolvieren 9 Prozent und mehr als 40 Stundenwochen bewältigen 14 Prozent der erwerbstätigen Rentner. Ein hohes Arbeitspensum haben vor allem selbstständig erwerbstätige Rentnerinnen und Rentner: 28 Prozent von ihnen arbeiteten 2024 mehr als 40 Stunden in der Woche, von den abhängig beschäftigten Rentenbeziehern taten dies nur 8 Prozent. Insgesamt arbeiteten im vergangenen Jahr 71 Prozent der erwerbstätigen Rentner als abhängig Beschäftigte, 29 Prozent waren selbstständig tätig.

Top-Liste: Beliebteste Studienfächer

Mit fast 230.000 Studenten – das entspricht 8 Prozent aller Immatrikulierten – war das Fach Betriebswirtschaftslehre (BWL) im Wintersemester 2024/25 das beliebteste Studienfach in Deutschland. Rund 5 Prozent aller Studenten waren in Informatik eingeschrieben, auf Platz drei landete mit einem Anteil von gut 4 Prozent das Fach Medizin. Während BWL sowohl von Frauen als auch von Männern am häufigsten gewählt wurde, war das zweitbeliebteste Studienfach von Männern Informatik. Frauen immatrikulierten sich dagegen am zweithäufigsten im Fach Psychologie. Auf Position drei rangierte für weibliche Studenten das Fach Medizin, bei Männern war es der Maschinenbau. Ausländische Studenten favorisieren übrigens häufig technische Fächer: Ihre drei beliebtesten Studiengänge sind Informatik, BWL und Elektrotechnik.

Studium: Irgendwas mit Wirtschaft

So viele Studenten waren im Wintersemester 2024/25 in Deutschland in diesen Fächern eingeschrieben

Betriebswirtschaftslehre	229.753
Informatik	152.472
Humanmedizin	117.916
Psychologie	116.474
Rechtswissenschaft	115.272
Wirtschaftswissenschaft	88.144
Soziale Arbeit	85.311
Maschinenbau/-wesen	79.424
Wirtschaftsinformatik	68.809
Germanistik/Deutsch	62.047
...	
Insgesamt	2.864.122

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2025 IW Medien / iwd

iwd